

Befragung von DemonstrantInnen gegen Hartz IV in vier Städten

A. Einführung in Untersuchung

Offenkundig hat das Thema Hartz IV für die öffentliche politische Auseinandersetzung im September 2004 eine enorme Bedeutung. Einer telefonischen Befragung von infratest dimap zufolge war Anfang September Hartz-IV und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für für 58 Prozent der Bundesbürger der mit Abstand wichtigste Aspekt der aktuellen politischen Diskussion.¹ Zusammenstellungen des globalisierungskritischen Mediennetzwerkes indymedia zeigen, dass seit Anfang August in insgesamt 240 Städten Proteste gegen Hartz IV stattfanden. Die bundesweiten Proteste vom Montag dem 13. September fanden laut indymedia in ca. 150 deutschen Städten – von Aachen bis Zwickau - statt. Für diesen Tag wurde von indymedia die Anzahl aller Hartz IV-Protestierenden auf über 70.000 geschätzt.

Um eine sinnvolle Auswahl von Befragungsstandorten vorzunehmen, wurden jeweils in den neuen und in den alten Bundesländern sowie in der Bundeshauptstadt Berlin Protestierende befragt. So konnte ein überschaubares Bild der Protestierenden gewonnen werden. Vorrausgesetzt die Zahlen von indymedia sind schlüssig, so wurden mit den über zehntausend Demonstrierenden in den ausgesuchten vier Städten immerhin gut ein Siebtel aller Demonstrierenden gegen Hartz-IV an diesem Tag für die Untersuchung in Betracht gezogen. Hierbei wurde die Anzahl der Demonstrierenden von der AG Hartz-IV mittels eines systematischen Verfahrens geschätzt.

In den vier Städten wurden insgesamt über 1600 Fragebögen verteilt. 363 direkte Interviews vor Ort wurden in Berlin und Magdeburg durchgeführt. Von allen Demonstrierenden wurden die Befragten nach einem zufälligen Schema ausgewählt. Insgesamt war die Bereitschaft der Demonstrierenden, an der Befragung teilzunehmen, überdurchschnittlich hoch. So betrug die Rücklaufquote für die Fragebögen, die per Post eingesendet wurden, ca. 40%.

¹ URL: <http://www.infratest-dimap.de/politik/deutschlandtrend/dt0409/default.htm>

Abb.: Übersicht: Quote der Demonstrierenden zu ausgewerteten Fällen

	Berlin	Dortmund	Leipzig	Magdeburg	Gesamt
Demonstrierende	6250	490	2000	2000	10740
Fragebögen ausgeteilt	500	416	400	293	1609
Direkte Interviews	167	--	--	196	363
Verweigerungen	263	50	143	120	576
Rücklauf per Post	254	162	105	126	647
Rücklaufquote per Post in %	51	39	26	43	40
Ausgewertete Fragebogen	421	162	120	322	1025
Quote Fälle zu Demonstrierende %	7	33	6	16	10

(Quelle: AG Hartz-IV)

Auch die Quote der Befragten in Relation zur Zahl der Demonstrierenden ist mit insgesamt 10% relativ hoch. Eine hohe Bereitschaft Demonstrierender, an der Befragung teilzunehmen, konnte auch schon bei der Befragung von Teilnehmern der Anti-Kriegsdemonstration am 15. Feb. 2003 festgestellt werden.

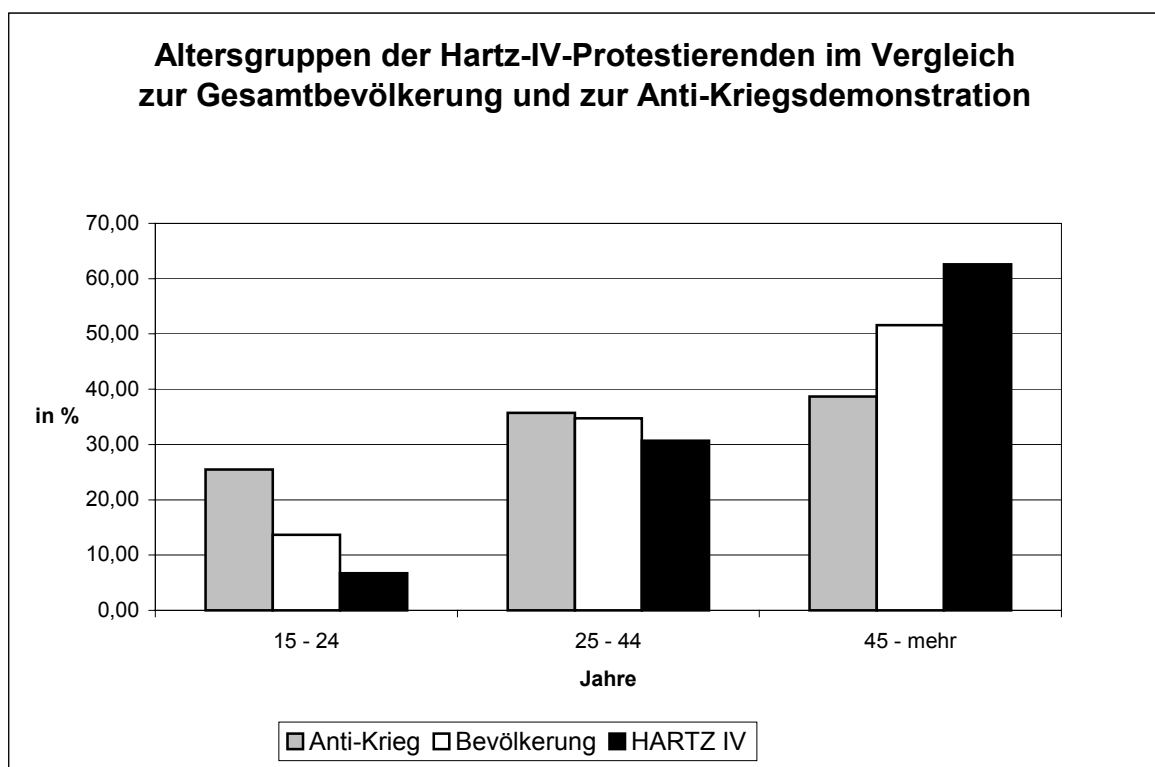
Wir haben bei den nachfolgend vorgestellten Ergebnissen keine Gewichtung entsprechend der unterschiedlichen Zahl der Demonstrierenden in den vier Städten zuzugrunde gelegt. Vielmehr legen wir jeweils die tatsächlich Zahl der Befragten zugrunde. Das bedeutet, dass bei summarischen Angaben über alle vier Städte hinweg oder auch bei Vergleichen zwischen den überwiegend im Westen oder im Osten aufgewachsenen Befragten die Demonstranten in Dortmund wegen der günstigen Relation Demonstrierende versus Befragte überrepräsentiert sind, während die Demonstranten in Berlin unterrepräsentiert sind. Hinzuweisen ist auch darauf, dass die Teilnehmer des schwarz-roten Blocks der Linksradiكالen in Berlin und des rechtsradikalen Blocks in Magdeburg der Befragung nicht zugänglich waren. In beiden Fällen handelte es sich jedoch um eine deutliche Minderheit der Demonstrierenden. Insgesamt zeichnen wir mit unseren Daten ein relativ genaues Bild der Demonstrierenden in den vier Städten am 13. September, das vermutlich auch auf die Gesamtheit der Demonstrierenden zumindest im Groben zutrifft.

B. Ergebnisse

1. Grundlegende Merkmale der Hartz-IV-Protestierenden

Mit ca. 64 Prozent der Befragten waren deutlich mehr Männer bei den untersuchten Protesten vertreten als Frauen. Bemerkenswert ist, dass in Leipzig und Magdeburg (jeweils 42%) der Anteil der Frauen deutlich höher war als in Berlin und Dortmund (33% bzw. 31%).

Insgesamt waren die HARTZ-IV Demonstrierenden deutlich älter als die übrige Bevölkerung Deutschlands. Dies ist insbesondere vor bemerkenswert, da üblicherweise bei politischen Demonstrationen die 15-25Jährigen deutlich über und die über 45Jährigen deutlich unterrepräsentiert sind. Bei genauerer Betrachtung der Ergebnisse in den vier Städten ergibt sich, dass die Altersgruppe 45-64 Jährigen ca. 52 Prozent der Demonstrierenden ausmachte. Es protestierte somit diejenige Altersgruppe, deren Integration in den Arbeitsmarkt am schwierigsten erscheint.



Bemerkenswert ist der für Demonstrationen überdurchschnittlich hohe Anteil an protestierenden Mitbürgern, die 65 Jahre und älter ist. Im Schnitt gehörten etwa 10 Prozent der Demonstrierenden dieser Altersgruppe an.

Insgesamt war der Bildungsstand der Demonstrierenden deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Auf den untersuchten Hartz-IV-Demonstrationen waren mehr als doppelt

so viele Bürger mit (Fach-)Hochschulreife (ca. 47 Prozent) als im Bundesdurchschnitt (21 Prozent). Dieser Befund verstärkt die durch die Untersuchung der Anti-Kriegsdemonstration gewonnene Erkenntnis, dass Demonstrierende im Durchschnitt gebildeter sind als die übrige Bevölkerung.

Demonstriert haben vorwiegend Angestellte und Arbeiter. Insgesamt gab ein hoher Anteil der Befragten an, in hochqualifizierten Berufen tätig zu sein oder tätig gewesen zu sein.

In Hinsicht auf ihre berufliche Stellung, die sie ausüben oder ausübten, bilden die Demonstrierenden in etwa die Bevölkerung ab. Eine besondere Ausnahme stellen die Beamten dar, die deutlich unterrepräsentiert sind.

2. Betroffenheit von und Informationsstand zu Hartz IV

Bislang ungeklärt war die Frage, ob die Hartz-IV-Proteste von den unmittelbar Betroffenen getragen sind oder ob altruistische Motive den politischen Protest gegen Hartz-IV bestimmen. Tatsächlich bieten hierbei die vier untersuchten Städte ein sehr gemischtes Bild.

Zusammengenommen waren insgesamt 40 Prozent der Befragten nach eigenen Angaben arbeitslos. Überraschend hoch war die Beteiligung von Rentnern und Pensionären mit einem Anteil von 18 Prozent. Immerhin 28% der Demonstrierenden ist jedoch berufstätig.

Lediglich in Leipzig waren die Arbeitslosen mit 53 Prozent knapp in der Mehrheit der Protestierenden. Am niedrigsten lag ihr Anteil in Berlin mit ca. 35 Prozent.

Ein genaueres Bild ergibt sich bezieht man die Angaben der Befragten über den Bezug von Arbeitslosengeld, -hilfe oder Sozialhilfe ein. Bezieher von Arbeitslosenhilfe waren in allen vier Städten deutlich stärker vertreten als Sozialhilfe-Empfänger und Bezieher von Arbeitslosengeld.

	Berlin	Leipzig	Magdeburg	Dortmund	Gesamt
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Arbeitslosenhilfe	24,5	37,5	31,4	31,5	29,3
Arbeitslosengeld	8,3	11,7	10,2	11,1	9,8
Sozialhilfe	3,3	0,8	1,6	2,5	2,3
Kein Bezug	63,9	50,0	56,8	54,9	58,6
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass die Auswirkungen der Hartz-IV Reform für das Alltagsleben der Demonstrierenden eine wichtige Rolle spielt. Insgesamt 87 Prozent der Befragten gab an, dass jemand in Familie oder Bekanntenkreis von Hartz-IV betroffen ist.

Daher stellt sich die Frage, inwieweit die Demonstrierenden die politischen Entscheidungen zu Hartz-IV unvoreingenommen einordnen. In der Öffentlichkeit wurde vielfach diskutiert, inwieweit eine mangelhafte Informationspolitik über die Hartz-IV Reform zu den Protesten führte. Um ein Bild über den Kenntnisstand der Protestierenden zu ermitteln, wurden zwei Wissensfragen an die Befragten gestellt. Die Frage, welche Parteien Hartz IV im Bundestag verabschiedet hatten, konnten insgesamt nur 53% der Demonstrierenden für alle Bundestagsparteien richtig beantworten. Hauptsächlich dazu beigetragen hat die Fehlwahrnehmung des Abstimmungsverhaltens der FDP-Fraktion. Immerhin knapp 39 Prozent der Befragten gaben an, dass die FDP der Hartz-IV Reform im Bundestag nicht zustimmte. Zudem nahmen 17% der Befragten an, die CDU/CSU-Fraktion hätte der Hartz-IV-Reform nicht zugestimmt.

Bessere Kenntnisse hatten die Demonstrierenden jedoch über die konkrete Ausgestaltung der Hartz-IV-Reform für die Betroffenen. Die Frage, ob im Rahmen von Hartz IV auch die Kosten für eine "angemessene" Unterkunft und Heizung übernommen werden, beantworteten knapp 72 Prozent der Befragten mit „ja“ und damit korrekt. Aber dieses Ergebnis lässt sich auch negativ wenden: Immerhin ein Viertel der Befragten war nicht oder falsch darüber informiert, dass ihnen eine wesentliche Leistung im Rahmen des Arbeitslosengelds II zusteht.

3. Einstellungen zur Reform-Agenda 2010, Hartz-IV und den politischen Positionen der Parteien zu Hartz-IV

Über die Konsequenzen der Proteste für die weitere Reformdebatte scheinen sich die Demonstrierenden gegen Hartz-IV einig zu sein. Einerseits zeigt sich eine fundamentale Kritik am Reformkurs der Agenda 2010 im Allgemeinen und Hartz-IV im Besonderen. Andererseits wird von Seiten der Demonstrierenden keiner politischen Partei - außer der PDS - eine befriedigende oder ausreichende politische Strategie zu Hartz-IV bescheinigt.

Über drei Viertel der Befragten widersprachen der Aussage, dass der generelle Reformkurs der Agenda 2010 – abgesehen von Hartz-IV – richtig sei. Hingegen stimmten nur knapp 8 Prozent derselben Aussage explizit zu.

Sehr ähnlich verhält es sich mit der Ablehnung von Hartz-IV. Selbst kräftige Nachbesserungen wären ca. 28% der Befragten nicht ausreichend, um die Hartz-IV-Reform zu akzeptieren. Diese Bewertung der Demonstrierenden steht im deutlichen Kontrast zur

Meinung der Bundesbürger allgemein. Dem Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen zufolge hielten Ende August immerhin 46 Prozent der Bundesbürger die Hartz-IV-Reform für „eher richtig“.²

Vor dem Hintergrund der fundamentalen Kritik an Hartz-IV fällt auch die Bewertung der unterschiedlichen Positionen der politischen Parteien zu Hartz-IV durchweg negativ aus. Einziger Gewinner ist hierbei die PDS. Die Befragten in den vier Städten waren mit der Position der PDS zu Hartz-IV deutlich zufriedener als mit den Positionen anderer Parteien. Werden die Befragten nicht nach Städten, sondern nach ihrer Herkunft aus den alten oder neuen Bundesländern unterschieden, zeigt sich ein deutlicher Unterschied in der Zustimmung zur PDS. Ganze 43 Prozent der ostdeutschen Befragten bewerteten die Hartz-IV-Position der PDS mit „gut“ oder „sehr gut“. Eine gleiche Bewertung nahm hingegen nur ein Viertel der westdeutschen Befragten vor. Hierbei ist zu erwähnen, dass in Leipzig und Magdeburg fast ausschließlich Ostdeutsche, in Dortmund ebenso fast ausschließlich Westdeutsche an dem Hartz-IV-Protest teilnahmen. Die Ausnahme bildet Berlin, wo 44 Prozent der Befragten im Westen aufwuchsen.

Für ihre Positionen zu Hartz-IV wurden die etablierten Parteien jedoch in Ost und West von den Befragten auf ähnlichen Rängen eingestuft wie die rechtsradikalen Parteien NPD und DVU. Bemerkenswert ist, dass die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP hierbei geringfügig schlechter abschnitten als die auf Bundesebene regierenden Parteien SPD und Grünen.

Abb.: Schulnoten für Parteien

	West	Ost	Gesamt
	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert
SPD	5,5	5,5	5,5
CDU/CSU	5,6	5,6	5,6
Grünen	5,3	5,2	5,2
FDP	5,6	5,3	5,4
PDS	3,8	3,1	3,3
NPD	5,4	5,5	5,5
DVU	5,4	5,5	5,5

² URL: http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/PB_Meldung/

4. Allgemeine politische Einstellungen und Wahlverhalten (DR)

Ich wende mich in einem abschließenden kurzen Analyseteil den allgemeinen politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Protestierenden zu und will aus der Fülle möglicher Befunde lediglich einige wenige Befunde herausgreifen.

Die Befragten wurden mit einer Reihe von Aussagen konfrontiert, zu denen sie jeweils ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer 5-Punkte-Skala äußern konnten.

Der Aussage, „Die Demokratie ist die beste Staatsform, stimmten, bei einer Zusammenfassung der Werte für Zustimmung und volle Zustimmung, besonders viele Demonstranten in Dortmund (78 %) zu, während die Zustimmung an den drei übrigen Orten auf vergleichbarem geringeren Niveau blieb (zwischen 57 und 61 %). Werden die Befragten danach aufgesplittet, ob sie überwiegend in den alten oder den neuen Bundesländern aufgewachsen sind (Berlin stellt hier wie schon erwähnt einen Mischfall Berlin dar), so fällt die Zustimmung in den alten Bundesländern mit rund 68 % höher aus als in den neuen Ländern mit 58 %. Entsprechend ist auch die Ablehnung dieser Aussage im Osten höher als im Westen. (*Tabelle?)

Bei der Aussage, „Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde“, liegt die Zustimmung am höchsten in Magdeburg (rund 72 %) und am niedrigsten in Dortmund (58 %). Bei der Aufspaltung nach West und Ost zeigt sich ein markanter Unterschied zwischen der Zustimmung im Westen (rund 59 %) und im Osten (rund 75 %).

Die Aussage, „Letztlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Lande und nicht die Politik“, findet in allen vier Städten und etwa gleicher Höhe in West und Ost eine hohe Zustimmung in der Größenordnung von 81 (Magdeburg) bis 87 % (Leipzig).

In den Diskussion um Hartz IV waren auch die Transferzahlungen von West nach Ost ein wichtiges Thema, zumal von den „undankbaren Osis“ und dem Osten als einem „Fass ohne Boden“ die Rede war. Die Aussage, „Der Westen engagiert sich im Osten ausreichend“, bejahte (mit Zustimmung oder voller Zustimmung) ein kleinerer Anteil der Demonstranten in Leipzig und Magdeburg (16 bzw. 14 %), ein etwas höherer Anteil in Berlin (21 %) und ein

weitaus höherer Anteil mit 31 % in Dortmund. Bei den im Westen aufgewachsenen Demonstranten liegt die Zustimmung bei 29 %, bei denen im Osten bei einem nur halb so hohen Anteil (15 %). Diese Differenz spiegelt sich entsprechend bei denen, die die Aussage eines ausreichenden Engagements des Westen völlig ablehnen. Dies ist bei den Ostdeutschen mit rund 36 Prozent ein fast doppelt so hoher Anteil wie bei den Westdeutschen (17 %).

In der Forschung zu politischen Einstellungen und Werten wird häufig nach der Priorität unterschiedlicher Politikziele gefragt. Entsprechung repräsentativen Umfragen haben wir die Befragten gebeten, vier Ziele – Ruhe und Ordnung, mehr Einfluss der Bürger auf politische Entscheidungen, Kampf gegen steigende Preise und Schutz des Rechts auf freie Meinung in eine Rangordnung zu bringen. Den klaren Vorrang der Ziele Einfluss und freie Meinung haben wir als Partizipationsorientierung gekennzeichnet. Davon gibt es je nach Prioritätensetzung Abweichungen. Die eindeutig partizipationsorientierten Befragten haben im Westen einen deutlich höheren Anteil (68 %) als im Osten (52 %). Ein detailliertes Bild ergibt zeigt die Tabelle für alle vier Typen und die vier Städte:

Partizipationsorientiertheit * In welcher Stadt haben Sie an der Montagsdemonstration (13.09.2004) teilgenommen? Crosstabulation

% within In welcher Stadt haben Sie an der Montagsdemonstration (13.09.2004) teilgenommen?

	In welcher Stadt haben Sie an der Montagsdemonstration (13.09.2004) teilgenommen?				Total
	Berlin	Leipzig	Magdeburg	Dortmund	
Partizipationsorientiert (E+M auf 1+2)	65,7%	52,8%	45,3%	63,7%	57,7%
Eher partizipationsorientiert (E/M auf 1, O/I auf 2)	26,4%	36,8%	38,1%	25,3%	31,0%
Eher nicht partizipationsorientiert (O/I auf 1, E/M auf 2)	5,8%	10,4%	12,9%	9,6%	9,1%
Nicht partizipationsorientiert (E+M auf 3+4)	2,1%		3,6%	1,4%	2,2%
Total	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Wir haben die Befragten zudem gebeten, sich auf einer 5-Punkte-Skala auf der Links-Rechts-Achse zu verorten. Dabei zeigte sich eindeutig eine Linkslastigkeit der Demonstranten. Ganz links ordnete sich mit rund 48 % ein sehr hoher Anteil der Berliner Demonstranten ein, während die Anteile für Leipzig und Magdeburg mit 24 bzw. 23 % und Dortmund mit 26 %

deutlich niedriger ausfielen. Fasst man die ganz linken und linken Positionen zusammen, so liegt der Anteil der Linken in Berlin mit über 82 % an der Spitze, gefolgt Dortmund (69 %), Leipzig (65 %) und Magdeburg (57 %). Sich ganz rechts platzierende Demonstranten fallen lediglich in Leipzig mit 3,3 % ins Gewicht und fehlen in Berlin fast völlig. Zu bedenken ist allerdings, dass die Polizei eine kleinere Gruppe von Rechten schon im Vorfeld abgedrängt hatte und in Magdeburg die Rechten nicht befragt werden konnten. Werden die Kategorien eher rechts und ganz rechts zusammengefasst, so ist der Anteil der Rechten in Leipzig und Dortmund am höchsten (8,3 bzw. 8,2 %), gefolgt von Magdeburg (6,2 %) und Berlin (3,9%).

Dramatisch sind teilweise die Verschiebungen im Wählerverhalten, wenn die letzte Bundestagswahl mit der Sonntagsfrage (Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?) verglichen wird. Die SPD, die von rund 27 % der Protestierenden aus den alten Bundesländern gewählt wurde, stürzt auf einen Wert von 2,1 % ab. In den neuen Bundesländern erfolgt ein fast analoger Absturz von rund 21 % auf 0,6 %. Sehr ausgeprägt ist auch die Abkehr von den Grünen in den alten Bundesländern. Sie fallen im Westen von 21 % auf 3,8 % (Sonntagsfrage) zurück. Die PDS würde mit Blick auf die Sonntagsfrage in Westen Zugewinne von 22 auf 34 %, im Osten von 44 % auf 49 Prozent verbuchen. Der absolute Zugewinn der PDS läge also im Westen höher als im Osten. Die NPD würde von geringen Ausgangswerten unter den Demonstranten (West 0,3 %, Ost 0,2 %) auf 2,6 % im Westen bzw. 2,4 % im Osten anwachsen. (*DVU check offene Antwort, Sonntagsfrage im Westen: 0,9 %, im Osten 0,3%). Die rechtsradikalen Parteien könnten somit bei einer anstehenden Bundestagswahl unter den Demonstranten nur relativ bescheidene Zugewinne verbuchen, die deutlich unter den Zugewinnen bei den jüngsten Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen liegen. Insgesamt werden also die Demonstranten keineswegs von rechten Parteien in nennenswertem Umfang angezogen. Damit wird ein verbreitetes Vorurteil widerlegt.

Fazit

Versucht man abschließend und grob vereinfachend den typischen Hartz IV-Demonstranten zu charakterisieren, so gilt Folgendes: Er kommt er aus dem Osten, ist männlich, hat ein Alter von 50 bis 55 Jahren, ist deutlich links orientiert, betrachtet den Sozialismus als eine gute, aber schlecht ausgeführte Idee und tendiert am ehesten zur PDS. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung gibt es unter den Demonstrierenden gegen Hartz IV keine nennenswerte Hinwendung zum rechtsradikalen Lager. Mit diesem Typus werden Tendenzen bzw.

Schwerpunkte bezeichnet. Es wäre also falsch zu behaupten, alle Demonstrierenden entsprächen diesem Bild.